Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 227 | Mittwoch, den 28. September 1921 | 49. Jahrgang

Die drückende Last der Rheinbesatzung.

Der Reichsschatzminister hat soeben dem Reichstage eine Denkschrift über die bis Ende März 1921 entstandenen Kosten der Rheinlandbesatzung übersandt. Diese Denkschrift, welche außerordentlich ausführliches und ganz genaues Material enthält, zeigt aufs deutlichste, was für eine drückende Last zur Tragung der Besatzungskosten dem Deutschen Reiche aufgebürdet worden ist. Die Verpflichtung zur Tragung der

Besatzungskosten,

so bemerkt die Denkschrift, müsse, wenn sie eine gewisse Höhe überschreitet, die Zahlungskraft des Deutschen Reiches und demnach die gesamte Reparationsfrage in einer für beide Teile schädigenden Weise beeinflussen. Die Darlegungen der Denkschrift behandeln lediglich die Kosten der Rheinlandsbesatzung in dem Rahmen, wie sie der Friedensvertrag und das Rheinlandabkommen vorsehen, nicht aber die Besetzung weiterer deutscher Gebiete anläßlich der sogenannten „Sanktionen". Als Gesamtsumme der Besatzungskosten bis Ende März 1921 ergibt sich die ungeheure Zahl von 3 936 954 542 Goldmark. Dies sind die eigenen Ausgaben, die den Besatzungsmächten für die eigenen Besatzungsarmeen entstanden, und für die sie vom Deutschen Reiche Erstattung erwarten. Dazu kommen noch die Ausgaben, die dem Deutschen Reiche durch unmittelbare oder mittelbare Leistungen für die interalliierte Rheinlandkommission und die Besatzungsarmeen erwachsen sind. Diese Ausgaben ergeben eine Gesamtsumme von 7 313 911 829 Papiermark. Die Hauptsache für diese ungeheuren Besatzungskosten bildet die mit den Zwecken der Besatzung in keiner Weise in Einklang zu bringende Besatzungsstärke. Wie ungeheuerlich die fremde Besatzung zahlenmäßig ist, beweist der Vergleich mit der deutschen Friedensbelegung. Diese betrug rund 70 000 Köpfe. Der französische Haushaltsplan für 1921 sieht dagegen allein für die französische Rheinarmee vor: 3094 Offiziere und 84 948 Mannschaften, darunter 14 000 Eingeborene aus Nordafrika und 5480 Eingeborene aus den übrigen französischen Kolonien. Man kann annehmen, daß nach vorsichtiger Schätzung die Gesamtbesatzungsstärke der vier Besatzungsarmeen sich heute noch mindestens auf 120 000 Köpfe beläuft. Den ehemaligen 28 deutschen Friedensgarnisonen standen im Sommer 1920 267 von den Besatzungsarmeen bezw. von den Delegierten der Rheinlandkommission belegte Orte gegenüber. Als weiterer Grund für die riesigen Kosten ist die Kontrollorganisation anzusehen, die entgegen den Bestimmungen des Rheinlandabkommens und dem Inhalt der Besprechungen in Versailles durch die Delegierten der Rheinlandkommission in vollkommen ausgebauter Form für das gesamte besetzte Gebiet geschaffen wurden. Es bestehen neben der Rheinlandkommission insgesamt 84 Kreisdelegationen und 10 Bezirksdelegationen, von denen jede einzelne mit einem besonderen Stabe von Hilfsoffizieren, Sekretären, Dolmetschern und Unterpersonal ausgestattet ist, insgesamt 1300 Köpfe, ohne Hilfskräfte. Ungeheuer hoch sind auch die Kosten für die

Unterbringung der Mitglieder der Rheinlandkommission.

Für das französische Mitglied und seinen ständigen Vertreter mußten insgesamt eingerichtet werden: 17 Wohn-, Rauch-, Speisezimmer und Salons, 22 Schlafzimmer (einschließlich für Personal), dazu die Wirtschaftsgebäude. Die Kosten der Einrichtung betrugen 1 331 492 Mk. Für das englische Mitglied der Kommission war bis Oktober 1920 ein großes Anwesen, bestehend aus Herrenhaus, Garage, Pförtner- und Kutscherwohnungen, Stallungen usw. beschlagnahmt. Das Anwesen, in dem jetzt der Oberbefehlshaber der Amerikanischen Truppen untergebracht ist, diente bis Oktober 1920 nur zur Unterbringung eines Ehepaares und eines Adjutanten. Die Schadensforderung des aus seiner Besitzung gewaltsam verdrängten Eigentümers verursacht monatliche Unkosten in Höhe von 72 000 Mk. Für die Unterbringung des belgischen Mitgliedes der Kommission wurde die Dienstwohnung des Regierungspräsidenten in Koblenz beschlagnahmt. An baren Auslagen sind dem Reiche allein für die Beschaffung der Einrichtung 74 000 Mark Unkosten entstanden. Die Wohnungsansprüche der Delegierten und des Personals bewegen sich in ähnlicher Höhe in entsprechenden Abständen. Insgesamt sind durch die Rheinlandkommission und ihre Delegationen bis Ende März 1921 145 750 826 Mark Unkosten entstanden.

Die Unterhaltung der alliierten Besatzungstruppen im Rheinland hat uns eine außerordentliche Bürde auferlegt. Unterstützt durch die Rheinlandkommission haben die Besatzungsbehörden das festungrenzte Recht der Requisition in zahlreichen Fällen vertragswidrig ausgeübt und insbesondere dazu benutzt, sich Einrichtungen zu verschaffen, auf die sie entweder nach Artikel 83 gar keinen Anspruch haben, oder auf die sie insoweit nur Anspruch haben, als die Einrichtungen aus den vorhandenen Beständen an deutschen militärischen Anlagen beschafft werden können, wie z. B. Flugplätzen, Exerzierplätzen, Schießständen, Sportplätzen. Sie haben das Requisitionsrecht ferner dazu ausgenutzt, sich unentgeltlichen oder ermäßigten Eintritt in Theater, Kinos usw. und ferner, um sich das Vergnügen der Jagdausflüge zu äußerst günstigen Bedingungen zu verschaffen. Ein besonders böses Blatt bei der Aufzählung der Besatzungslasten sind

die Kosten für die Bordelle.

Ihre Einrichtung beschränkt sich allerdings auf das von den Franzosen besetzte Gebiet. Dort sind von einer großen Anzahl von Orten auf dem Wege der Requisition Bordelle eingerichtet worden, deren Kosten dem Deutschen Reiche teilweise zur Last fallen werden. In der Stadt Ems ist der Bürgermeister zur Einrichtung eines Bordells in der Restauration „Zur deutschen Flagge", welche die Franzosen selbst ausdrücklich hierfür bestimmt hatten, gezwungen worden. Die Einrichtung von Bordellen mußte außerdem in Mainz, in Ludwigshafen, Wiesbaden, Speyer und in elf anderen rheinischen Orten erfolgen. Was die Flugplätze angeht, so haben entgegen den vertraglichen Bestimmungen die Besatzungsmächte umfangreiche Requisitionen an Gelände zur Einrichtung von Flugplätzen vorgenommen. Auf diese Weise werden der deutschen Landwirtschaft außerordentlich wesentliche Anbauflächen entzogen. Zu Exerzierplätzen, Reitplätzen und Schießständen haben die Besatzungstruppen Acker- und Gemüseland im Umfange von 2194 ha bezogen. Nicht weniger drückend war die Einquartierungslast. An allen in dieser Beziehung erlassenen Bestimmungen war gemeinsam, daß sie überall über den Begriff der Einquartierung, der eine gewisse Einschränkung voraussetzt, weit hinausgegangen. Die angerichteten Uebergriffe und Schäden haben die Einquartierungslast einfach zur Unerträglichkeit gesteigert, zumal keine Familie davor geschützt war, jede Stunde ihre Wohnung mit Mobiliar und sonstigem Gerät räumen zu müssen und obdachlos der Gemeinde zur Last zu fallen. Das zugestandene Recht der Requisition dient anspruchsvollen Offizieren und Familienangehörigen häufig dazu, sich unter Besitzumfangreicherer Quartiere zu setzen, als sie ihnen selbst durch ihre eigenen Quartierbestimmungen zugestanden werden. Trotzdem Deutschland nicht dazu verpflichtet war, mußten auf Anforderung der Besatzungsmächte erhebliche Um- und Erweiterungsbauten ausgeführt werden, zugleich eine große Anzahl von Neubauten. Dem Deutschen Reich fallen in den von den Besatzungstruppen bewohnten reichseigenen Gebäuden usw. außerdem noch Brandschäden im Werte von insgesamt 6½ Millionen Mark zur Last. Die Besatzungsbehörde hat in allen Fällen Schadenersatz abgelehnt, mit der Begründung, daß die gerichtliche Untersuchung über die Schuldfrage zu keinem Ergebnis geführt habe. Zu allen diesen Aufwendungen kommt noch die Instandhaltung der von den Truppen besetzten Grundstücke und Baulichkeiten, Schaffung und Unterhaltung von Einrichtungsgegenständen, Betriebskosten für Feuerung, Beleuchtung und Wasserversorgung, ferner Transport- und Sachleistungen der Eisenbahnverwaltung und der Rheinschiffahrt und die Kosten für die Leistungen des Post- und Telegraphendienstes.

Die Denkschrift schließt mit der Forderung der dringenden Notwendigkeit einer Herabminderung der Besatzungskosten.

Deutscher Reichstag.

(Sitzung vom 27. September.)

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Wirth, Minister des Innern Dr. Gradnauer, Arbeitsminister Dr. Braun. — Die Plätze der aus dem Leben geschiedenen Abgeordneten Trimborn (Ztr.), Dr. Hitze (Ztr.), Burlage (Zentr.) und Erzberger (Zentr.) sind mit Lorbeerkränzen und Gewinden aus blauen Astern geschmückt.

Präsident Löbe

eröffnet die erste Sitzung nach der Sommerpause um 3,20 Uhr und gedenkt, während die Anwesenden sich von den Plätzen erheben, der verstorbenen Abgeordneten, des Abg. Dr. Hitze, auf dessen reiche, sozialpolitische Tätigkeit er hinweist, des Abg. Burlage, dessen Pflichttreue er hervorhebt, des Abg. Trimborn, dessen nie versiegende Heiterkeit und dessen goldenen Humor er rühmt. Erschütternder aber habe, so fährt er fort, die Nachricht von dem tückischen Morde am Abg. Erzberger gewirkt. Hier handle es sich nicht um die vereinzelte Tat eines verstiegenen Fanatikers oder blinden Idealisten, sondern um den blutigen Ueberfall abscheulicher Mordgesellen. Die Mörder haben das Offizierskleid mit Blut besudelt. Erzberger hat gewiß oft in harten Kämpfen gestanden, wobei ihm mancher Fehltritt unterlaufen sein mag, aber er hat gearbeitet im Dienste des Parlamentes und des Landes. Möge die Geschichte ihm geben, was viele seiner Zeitgenossen ihm versagt haben. Der Präsident erinnert weiter an das Ableben des Abg. Reishaus (Soz.) und an das furchtbare Explosionsunglück in Oppau. In tiefer Trauer steht der Reichstag an der Bahre der Opfer und drückt den Hinterbliebenen sein Beileid aus.

23 kleine Anfragen

stehen sodann auf der Tagesordnung. Auf eine Beschwerde des Abg. Becker-Hessen (D. Vp.) über eine willkürliche Erhöhung des Zolles für Wein von 48 auf 100 Mark durch das Koblenzer Zollkomitee der Rheinlandkommission wird entgegnet, daß dafür Sorge getragen wird, daß die ausländischen Weine, deren Einfuhr in das besetzte Gebiet genehmigt wurde, nicht nach dem unbesetzten Gebiet Deutschlands gelangen. — Auf die Behauptung des Abg. Plettner (Komm.), daß der Arbeiter Heinrich in Dortmund von einer Patrouille der bayrischen Schützenbrigade Epp vorsätzlich erschossen worden sei, wird entgegnet, daß von einem vorsätzlichen Erschießen keine Rede sein kann. — Auf eine Anfrage v. Koch (D. Vp.) wird mitgeteilt, daß die in den süddeutschen Monatsheften erschienene Zusammenstellung von Grausamketten, die während des Krieges von Soldaten und Zivilisten der Ententestaaten an wehrlosen deutschen Gefangenen und Einwohnern begangen wurden, den größten Anspruch auf Zuverlässigkeit machen können. Unsere Auslandsvertreter sind angewiesen worden, sie zu verbreiten. — Abg. Hepp (D. Vp.) verweist auf die Ermordung des Hauptmanns Langerhans durch einen französischen Soldaten in Trieber bei Trier. Der Täter ist von einem französischen Kriegsgericht freigesprochen worden. Maßnahmen gegen Wiederholung solcher Vorfälle sind getroffen. — Abg. Neuhaus-Düsseldorf (Deutschnatl.) erhebt Einspruch gegen die Benutzung von Schulräumen durch die französischen Besatzungstruppen. Der Einspruch wird von der Regierung nachdrücklichst unterstützt. Besonders der Kreis Solingen hat unter dieser Last zu leiden. Eine Erleichterung ist leider nicht festzustellen. Hoffentlich kommt sie nach der teilweisen Zurückziehung der französischen Truppen aus diesem Gebiet. — Eine Denkschrift über die Kosten des Besatzungsheeres, Anfrage Dr. Quaatz (D. Vp.), wird vorgelegt werden, ebenso eine solche über das deutsche Volksvermögen. — Eine Untersuchung über den Ueberfall der 15jährigen Gertrud Spielmann, die bei Friemersheim von schwarzen Kolonialsoldaten vergewaltigt worden ist, ist eingeleitet. Ein Ergebnis liegt leider noch nicht vor. — Auf eine Anfrage Künstler (Unabh.) wird erwidert, daß bei der Pensionierung des Kapitänleutnants Erhardt nach den gesetzlichen Bestimmungen verfahren wurde. — Die Interpellationen Hergt (Deutschnatl.) über Getreideverschiebungen, Dr. Stresemann (D. Vp.) über Ausschreitungen gegenüber Angehörigen nichtsozialistischer Parteien, Agnes (Unabh.) über die Durchkreuzung der Politik des Reichskanzlers durch Beamten, Offiziere usw. werden in der vorgeschriebenen Frist beantwortet werden.

Das Luftverkehrsgesetz geht an einen Ausschuß von 14 Mitgliedern. — Das Gesetz über die Verpflichtung zur Auskunft über militärfiskalische Gelder und zu deren Herausgabe wird in 1. und 2. Lesung angenommen.

Mittwoch: Antrag der Kommunisten auf Enthaftung des Abg. Thomas in Bayern, Teuerungszulagen für Beamte und Angestellte, sozialdemokratische Interpellation über das Explosionsunglück in Oppau.

Zur Umbildung des Kabinetts.

(TU) Die „Deutsche Ztg." glaubt mitteilen zu können: Die Umbildung des Kabinetts Wirth durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition hat gestern dadurch eine Verzögerung erfahren, daß sich Stegerwald entschlossen hat, erst die Erklärung des Reichskanzlers im Reichstage abzuwarten, bevor er in die abschließenden Koalitionsverhandlungen eintritt. Diese Verhandlungen über die Erweiterung der Reichsregierung dürften nicht vor Freitag, unter Umständen erst am Samstag zu erwarten sein. Der Eintritt der Sozialdemokratie in das Kabinett Stegerwald kann, wenn nicht unvorhergesehene und kaum wahrscheinliche Zwischenfälle eintreten sollten, schon am heutigen Mittwoch zur Tatsache werden. Die Bekanntgabe der neuen preußischen Ministerliste wird voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Nachmittags oder Abends erfolgen. Ueber die Personen der neuen Liste ist noch nichts Endgiltiges bestimmt. Von den Sozialdemokraten werden in erster Linie genannt Braun und Severing, der wiederum das Ministerium des Innern übernehmen dürfte. Das Kultusministerium soll der Deutschen Volkspartei (Abgeordneter Campe?) vorbehalten sein. Wie sich auch im übrigen die Zusammensetzung des Kabinetts gestalten wird, es scheint nach den gestrigen Beratungen festzustehen, daß Stegerwald Ministerpräsident bleibt.

Die demokratischen Fraktionen

des Reichstages und des Preußischen Landtages vereinigten sich gestern im Reichstage zu einer Besprechung der politischen Lage. Die Verhandlungen im einzelnen waren vertraulicher Natur. Ueber den Ausgang kann folgendes mitgeteilt werden: Man war einmütig der Ansicht, daß die breite Koalition von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei, die auch von den Demokraten seit langem angestrebt wird und jetzt der Verwirklichung nahegerückt ist, nicht nur einen taktischen Fortschritt bedeutet, sondern daß sie auch nach innen für unsere gesamte staatliche und wirtschaftliche Entwicklung besondere Bedeutung hat, weil sie materiell und ideell die einzige Grundlage ist, auf der eine stetige Politik aufgebaut werden kann. Einmütig gab die Versammlung der Meinung Ausdruck, daß die Regierungsbildung im Reiche, wie sie sich auch im einzelnen vollziehen würde, nur ein Kabinett Wirth sein könne, weil es die größte Torheit wäre, das Vertrauen preiszugeben, das Dr. Wirths Persönlichkeit im Inlande wie im Auslande genießt und das eine der stärksten Aktiven der heutigen Politik darstellt. Als notwendig vor der Neubildung der Reichsregierung wurde die Einigung über die Grundzüge der Finanzpolitik bezeichnet. Bei aller hohen Bewertung der Verbreiterung der Koalition ließ man aber doch gleichzeitig keinen Zweifel daran, daß von der Deutschen Volkspartei ein offenes und unzweideutiges Bekenntnis zur demokratischen Politik zu verlangen sei. Ferner sprach man sich darüber aus, daß es wünschenswert sei, die Umbildung der Regierungen im Reiche und in Preußen möglichst bald und möglichst gleichzeitig vorzunehmen.

Zustimmung des bayerischen Ministerrats zu den Berliner Vereinbarungen.

(TU) Der gestrige bayerische Ministerrat hat den am 24. September in Berlin getroffenen Vereinbarungen seine Zustimmung erteilt. Diese Vereinbarungen haben folgenden Wortlaut: Vorbehaltlich der Zustimmung des Gesamtministeriums und des bayerischen Landtages ist vereinbart worden:

1. Die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. und 30. 8. 21 werden zurückgenommen und durch eine neue Verordnung ersetzt. Die neue Verordnung soll die aus dem anliegenden Entwurf ersichtliche Fassung erhalten und spätestens am 29. Sept. 21 erlassen werden.

2. Die bayerische Staatsregierung wird die Verordnung über den Ausnahmezustand spätestens am 6. Oktober 1921 mit Wirkung vom 15. Oktober 1921 außer Kraft setzen.

3. Die Zustimmung des bayerischen Gesamtministeriums und des Verfassungsausschusses des bayerischen Landtages zu dem vereinbarten Entwurf der neuen Verordnung und zur Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wird dem Reichskanzler rechtzeitig zum 28. September 21 mitgeteilt werden.

4. Zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung besteht Uebereinstimmung darüber, daß die Landesregierungen nach dem Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung nach wie vor berechtigt sind, bei Gefahr im Verzuge auch weiterhin einstweilige Maßnahmen zu treffen, die über den Inhalt der neuen Verordnung hinausgehen. Die Reichsregierung wird solchen Maßnahmen gegenüber eine loyale Haltung einnehmen.

5. Die bayerischen Volksgerichte stehen mit dem auf Artikel 48 Abs. 4 der Reichsverfassung gestützten Ausnahmezustand nicht im Zusammenhang und werden daher durch die hierüber geführten Verhandlungen nicht berührt.

Westfalen und Rheinland.

** **Kamen. (Knappschaftliches.)** Die Auszahlungstermine der Krankengelder, Alters-, Invaliden-, Berginvaliden-, Witwen- und Kinder-Rente für den Monat Oktober 1921 sind:

Zahlbezirk	Zahllokal	Zahltag Oktober	Beginn der für Witwen und Waisen	Auszahlung für Berginvaliden, Reichs- und Zusatzrenten
Bergkamen I	Schürmann	8	2 Uhr	2 ½ Uhr
Bergkamen II	Ostermann	10	2 „	2 ½ „
Heeren . .	Maaß	8	2 „	2 ½ „
Kaiserau . .	Schulz	10	2 „	2 ½ „
Kamen I .	Dröge	5	2 ½ „	3 „
Kamen II .	Nagel	6	2 ½ „	3 „
Kurl . . .	Lünenbürger	7	2 „	2 ½ „
Lünern . .	Stoltefuß	4	3 „	3 ¼ „
Methler . .	Budde	7	2 „	2 ½ „
Niedermassen	Cromberg	3	2 ½ „	3 „
Obermassen	Middendorf	1	2 ½ „	3 „
Rünthe . .	Schulte	6	2 ½ „	3 „
Unna I . .	Wittler	1	3 „	3 ½ „
Unna II	Nowack	3	2 ½ „	3 „
Unna-Königsborn	Rehfuß	4	2 „	2 ½ „
Werne . .				
Bez. Münst.	Schulz	5	2 ½ „	3 „
Brackel .	Meierling	1	3 „	3 ½ „

Die Rentenempfänger werden dringend ersucht, die angegebenen Termine und Zeiten zu beachten und ihre Bezüge regelmäßig monatlich abzuholen.

Kamen, 28. Sept. Der Wirtschaftsausschuß tagte am Montag abend bei Bergheim unter dem Vorsitz des Beigeordneten Siegler. Die Brotversorgung als erster Punkt der Tagesordnung führte zu einer erregten Aussprache. Einstimmig wurde das Verhalten der Bäcker hinsichtlich der plötzlichen Einstellung des Backens von Markenbrot scharf verurteilt. Auch der Vertreter der Bäckerinnung, Schmidt, der seine Kollegen gegen die Angriffe in Schutz nahm, konnte nicht überzeugen und wurde stark widersprochen. Da die Bäcker inzwischen sich dem Kreise gegenüber bereit erklärt haben, an die Gemeinden für das Zählen der Brotmarken je Sack Mehl 1,50 Mark zu zahlen, hat der Kreis nunmehr von dem Aufkleben der Brotmarken abgesehen. Da allgemein betont wurde, daß durch das Verhalten der Bäcker der ganzen Bevölkerung erheblicher finanzieller Schaden entstanden ist, indem sie das teuere markenfreie Brot kaufen mußte, wurde erwartet, daß die Bäcker sich durch Zuwendung namhafter Beträge an die ärmere Bevölkerung erkenntlich zeigen würden. Seitens der gewählten Kommissionsmitglieder wurde berichtet, daß die bei der Stadt bestellten Kartoffeln sichergestellt seien. Wegen evtl. eintretender Frostgefahr sollen die Kartoffeln sofort angekauft und ausgegeben werden. Es steht schon fest, daß die Preise gegenüber dem Vorjahre eine erhebliche Höhe angenommen haben. Mitglieder der Kommission und der Preisprüfungsstelle werden eine strenge Kontrolle ausüben in Bezug auf Preisgestaltung und Aufschläge sowohl seitens der Stadt als auch der Händler. Herr Eggert bemängelte die Untätigkeit der hiesigen Preisprüfungsstelle und forderte eine Neuwahl derselben, umso mehr, als der Bürgermeister ihm erklärt habe, daß den Vorsitz in der Preisprüfungsstelle nur ein Magistratsmitglied inne haben könne. Herr Thiel erklärte hierauf, daß er zu Recht als Vorsitzender gewählt und vom Regierungspräsidenten bestätigt sei, im übrigen aber, um niemand im Wege zu stehen, er hiermit seinen Vorsitz niederlege. — Nachdem noch die hohen Fleisch-, Kartoffeln-, Obst- und Gemüsepreise einer scharfen Kritik unterzogen und eine Festsetzung von Erzeugerpreisen gefordert wurde, wurde die Sitzung nach dreistündiger Dauer geschlossen.

Kamen, 28. Sept. (Verschiedenes.) Die Verordnung über den Verkehr mit Zucker vom 30. September 1920 und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 8. Okt. 1920 sind außer Kraft getreten. Die Reichszuckerstelle und die Landesvermittelungsstellen bleiben bis zur Abwicklung ihrer Geschäfte bestehen. Die Verordnung über Kunsthonig tritt mit dem 1. Oktober außer Kraft. Die Bekanntmachung über die Herstellung von Süßigkeiten vom 30. Dezember 1915, die Bekanntmachung über die Herstellung von Schokolade vom 5. März 1916 sowie die Verordnung über den Verkehr mit Süßigkeiten vom 13. Dezember 1920 treten mit dem 15. Oktober mit der Maßgabe außer Kraft, daß die Zuckerzuteilungsstelle für das deutsche Süßigkeitengewerbe bis zur Abwicklung ihrer Geschäfte bestehen bleibt.

(Für ehemalige Kriegsgefangene.) Die außerhalb der Stadt Kamen wohnenden Mitglieder der R. e. K. werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich betr. Löhnungsnachzahlung an ihre Gemeindevorsteher wenden müssen. Im Falle von Unklarheiten können die betr. Kameraden in der Versammlung der R. e. K. am Sonntag, den 2. Oktober, nähere Aufklärung erhalten.

Unter starken Vergiftungserscheinungen erkrankte die Familie Landwirt Kranefeld in Südkamen. K. hatte sein geerntetes Korn in die Mühle gegeben. Es wird nun angenommen, daß in dem zurückgelieferten Mehl gesundheitsschädliche Stoffe (Mutterkorn?) enthalten waren, denn nach dem Genuß eines aus dem neuen Mehl hergestellten Brotes erkrankte die ganze Famälie; Brechdurchfälle usw., alles Zeichen der Vergiftung, stellten sich ein. Bei dem 27jährigen Sohn Otto griff die Erkrankung auf das Gehirn über und trat derart schwer auf, daß er seinen Leiden erlag und der Tod nur eine Erlösung für den hoffnungsvollen Sohn bedeuten konnte.

* **Unna, 28. Sept. (Autounglück.)** Auf der Massenerstraße kam ein Dortmunder Personenauto an, das von seinem Besitzer selbst geleitet wurde. Bei einem Versuch, auszubiegen, versagte das Steuer. Der Kraftwagen rannte über die Bordsteine vollständig auf den Bürgersteig, wo er die 16jährige Tochter des Anstreichermeisters van Haut vom Westring erfaßte. Die Ahnungslose bekam von hinten einen Stoß vom Vorderrad des heranwenmenden Autos, stürzte zu Boden und erlitt eine ziemlich ernste Kopfverletzung.

Hamm, 28. Sept. (Ein vereitelter Mordversuch.) Der hiesigen Polizei ist es gelungen, ein abscheuliches Verbrechen zu verhindern. Ein Bergmann wollte aus bisher noch nicht ganz aufgeklärten Gründen eine Frau aus dem Wege räumen. Um sein Vorhaben auszuführen, hatte er sich einen geradezu teuflischen Mordplan ausgedacht. Sein Opfer sollte durch Gas ins Jenseits befördert werden, indem der Täter vom Flur der Wohnung seines Opfers aus durch eine besondere Schlauchleitung das Gas direkt in die Wohnung leiten wollte. Die Durchführung des Mordplanes war so gedacht, daß die Gasleitung auf dem Hausflur mit einem Schraubenschlüssel geöffnet werden sollte, um aus dieser Oeffnung dann das Gas abzuleiten. Ein Ende des Schlauches lief in ein ganz dünnes und geschmeidiges Gummistück aus, das durch das Schlüsselloch in die Wohnung Eingang finden sollte. Da die Frau, auf die es der Verbrecher abgesehen hatte, mit ihrem Mann die Wohnung bewohnt, so wäre bei Ausführung der Tat auch dieser dem Verbrechen zum Opfer gefallen. Der Urheber dieses Doppelmordversuches hatte sich die Hilfe eines jungen Mannes zu sichern gesucht, der den Mord ausführen sollte. Dieser ging jedoch nicht auf die Sache ein. Der Bergmann wurde am Tage vor der Tat verhaftet. Es handelt sich um einen notorischen Verbrecher, denn er hat schon verschiedentlich mit dem Zuchthaus Bekanntschaft gemacht. Die Mordwerkzeuge befinden sich jetzt ebenfalls in den Händen der Polizei.

* **Iserlohn, 26. Sept. Als Hypnotiseur** hatte sich der Angestellte Ernst Seckelmann von hier in einer Wirtschaft versucht. Er hatte einen jungen Mann in hypnotischen Schlaf versetzt, ihn über die Lehne von zwei Stühlen gelegt und mit einer Nadel in den Oberarm gestochen, um seine Gefühllosigkeit zu erweisen. Das Schöffengericht hatte S. zu 900 Mark Geldstrafe verurteilt. Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision seitens des Angeklagten wurde jetzt von der Hagener Strafkammer als unbegründet verworfen.

(O) **Bochum, 27. Sept. (Schachtbrand.)** Auf der Zeche ver. Engelsburg in Eppendorf brach am Sonnabend ein Schachtbrand aus. Die Ursache war Kurzschluß der elektrischen Leitung, wodurch das Holz einer Sicherheitsbühne Feuer gefangen hatte. Die Belegschaft konnte bis auf sieben Mann unmittelbar nach Bekanntwerden des Brandes ausfahren. Bald nachher wurden dann auch die sieben Bergleute durch Rettungsmannschaften geborgen.

(O) **Bielefeld, 26. Sept. (Eifersuchtstat.)** Die Ehefrau des Händlers Hardt aus Minden feuerte aus Eifersucht einen Revolverschuß auf ihren Mann ab, der diesen in die Brust traf und ihn so schwer verletzte, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Frau wurde verhaftet.

(O) **Rheine, 27. Sept. (Drohender Bäckerstreik.)** Die Ortschaften Rheine, Ochtrup, Borghorst und Neuenkirchen sind in letzter Zeit mit Mehl beliefert worden, das sich nach Ansicht der Bäcker nicht zum Backen und Verkaufen eignet. Die Bäcker weigern sich, das Mehl zu verarbeiten und drohen, daß sie, falls nicht Zurücknahme und Neulieferung erfolgt, kein Markenbrot mehr verkaufen wollen.

* **Münster, 27. Sept. Die Bluttat,** die in der Nacht zum Dienstag in der Hermannstraße verübt wurde, hat ein zweites Opfer gefordert. Außer der Frau Springröder, die von ihrem Manne durch einen Bauchschuß getötet worden ist, verstarb nunmehr auch ihr Begleiter Kirdorff an den schweren Verletzungen, die er durch den Schuß des eifersüchtigen Ehemanns erhalten hatte. Der Täter ist in Haft.

(O) **Recklinghausen, 27. Sept. (Verhafteter Räuber.)** Unter dem dringenden Verdacht, an einem im Oktober vorigen Jahres in Beuthen verübten schweren Raubüberfall beteiligt gewesen zu sein, ist hier der Zimmermann Ernst Krakowski verhaftet worden. Drei andere Mitbeteiligte an dem Raube, bei welchem den Tätern 70 000 Mark Lohngelder in die Hände gefallen waren, sind schon vor einiger Zeit festgenommen worden.

* **Bergheim, 26. Sept. Ein neunjähriger Junge,** der auf den Mast einer 15 000-Volt-Starkstromleitung geklettert war, kam mit den in 12 Meter Höhe stromführenden Drähten in Berührung. Dem Knaben wurde der Kopf vom Rumpfe abgebrannt.

(O) **Barmen, 26. Sept. (In Benzin ertrunken.)** Bei der Firma J. u. A. Homberg stürzte ein siebzehnjähriger Arbeiter in einen mit 18000 Liter Benzin gefüllten Wagen, aus dem er eine Probe entnehmen wollte. Er ertrank, ehe Hilfe zur Stelle war.

(O) **Grevenbroich, 26. Sept. (Folgenschwere Kesselexplosion.)** Durch eine Kesselexplosion im Abraumlager des Braunkohlenbergwerks in Neurath sind vier Arbeiter getötet worden.

* **Düsseldorf, 26. Sept. Die drei Leiter des Sportkonzerns Rhenania** wurden verhaftet. Die Beschuldigung lautet auf Betrug. Viele Personen aus den verschiedensten Orten haben sich bewegen lassen, gegen einen angekündigten Gewinn von hundert Prozent in sechs Wochen ihre ganzen Spargelder dem Sportkonzern zu übergeben. Dieser kann das eingezahlte Geld nicht zurückerstatten, weil er vor einigen Tagen den Konkurs angemeldet hat. Die Festgenommenen sollen Gelder beiseite geschafft haben.

Aus aller Welt.

— **Ein schweres Explosionsunglück** ereignete sich gestern im Vareler Eisenwerk. Beim Schmelzen von Eisenschrot kam unglücklicherweise auch eine Granate in den Kupolofen, die noch Sprengstoffe und Entzünder enthielt. Es erfolgte eine Explosion, die den Ofen auseinandersprengte und an dem Gießereigebäude schwere Schäden verursachte. Leider wurden auch neun Menschen von dem Unglück betroffen, und zwar wurden zwei Arbeiter schwer und sieben leichter verletzt.

— **Hamburger Rechtsanwälte wegen Begünstigung verhaftet.** Die Rechtsanwälte Dr. H. Brant und Crusemann in Hamburg wurden unter der Beschuldigung verhaftet, in der Untersuchungssache gegen den Einbrecher Petersen, der mit etwa 50 Genossen verschiedene große Raubüberfälle ausgeführt haben soll, begünstigt zu haben.

— **Ein Revolveranschlag auf Pilsudski.** Havas meldet aus Lemberg: Auf Marschall Pilsudski wurde ein Revolveranschlag verübt, als er sich von einem Festessen der Gemeindebehörden nach dem Theater begeben wollte. Nur der Begleiter des Grafen, Graf Grabowsky, wurde verletzt. Der Attentäter verfuchte Selbstmord.

— **Bootsunglück.** Auf der Reede von Reval wurde ein Boot beim Herablassen von dem englischen Kreuzer „Castor" von den Wellen zerschlagen. Dabei ertranken ein Offizier und 7 Matrosen.

— **Folgenschwerer Dampfer-Zusammenstoß.** Auf dem Kanal ist Freitag abend um ½7 Uhr im dichten Nebel in der Nähe von der East Goodwin Sandbank, auf der Höhe von Deal, ein schwerer Zusammenstoß zwischen dem belgischen Postdampfer Jan Breydel von der Linie Ostende-Dover und dem norwegischen Frachtdampfer Saltna erfolgt. Der Zusammenstoß war so stark, daß der norwegische Dampfer innerhalb 4 Minuten sank. Von der 20 Mann starken Besatzung sind nur neun Mann gerettet. Der Kapitän, der auch gerettet wurde, sagte aus, daß bei dem Zusammenstoß die Kessel sofort explodiert seien.

— **Riesenbetrug mit falschen Frachtbriefen.** Eine Reihe von angesehenen Firmen in Hamburg und in anderen norddeutschen Städten ist einem Betrüger zum Opfer gefallen, der sie unter dem Deckmantel eines Warenmaklers mit Hilfe gefälschter Frachtbriefe um insgesamt rund drei Millionen Mark betrogen hat. Die Sache war von langer Hand vorbereitet. Der Betrüger, der als Makler und Agent einige Zeit in Flensburg wohnte und das Vertrauen größerer Firmen zu gewinnen wußte, schloß besonders größere Getreidelieferungen ab, worauf er auf Vorlegung eines Duplikatfrachtbriefes die Kaufsumme überwiesen erhielt. Die Frachtbriefe stellten sich aber bei weiteren Nachfragen, als die Ankunft der Ware vergeblich erwartet wurde, als gefälscht heraus, nur das Geld war verloren, denn Hermann Friedrich Bruhn — so hieß der Makler — hatte es inzwischen vorgezogen, sein Guthaben von 180 000 Mark bei der Reichsbank in Flensburg zu erheben und über die Grenze zu entfliehen.

— **Explosion in einem Nitrumwerk.** Aus Karlsruhe wird gemeldet, daß bei einer Explosion in den Nitrumwerken in Klein-Lauzenburg die Abfüllstation für Sauerstoff zerstört wurde. Mehrere Arbeiter wurden getötet. Der Materialschaden ist bedeutend.

Schluß der Anzeigenannahme

— für kleinere Anzeigen 3 Uhr. —

Anzeigen, welche einzeln oder zusammen 100—200 Zeilen Raum beanspruchen, erbitten wir bis 12 Uhr und größere bis 10 Uhr des dem Ausgabetage vorhergehenden Werktags. Anzeigen mit vielem Text oder schwierigem Satz müssen im eigenen Interesse der Inserenten noch früher in unserer Geschäftsstelle sein.

Verlag der Kamener Zeitung.

Freude.

Was ich verspüre, ist lauter Wonne,
Wohin ich blicke, lacht goldige Sonne,
Freude im Herzen und Freud' in der Brust.
Sprudelnder Quell — flammende Lust.

Göttin der Freude, verlasse mich nicht,
Noch lacht heiterer Himmel auf meinem Gesicht;
Stunde des Glückes, du bist mir hold,
Freude am Leben, ergänzest das Gold.

Lore Werneburg.

Roman von Hedwig von Putkamer.

(Nachdruck verboten.)

39. Fortsetzung.

In Herbert stieg ein Argwohn auf. Wollten sie ihn etwa verabschieden? So wird das nun immer sein, dachte er erbittert, in jedem Wort, jedem Blick werde ich eine Anspielung, eine Frage wittern. Aber das war ja doch heller Blödsinn. Wetzel war ein so uranständiger Kerl, der nie Versteckens mit seiner Ansicht spielte. Was konnte der dafür, daß er so überreizt und nervös überall Feinde spürte? Er wollte wieder gutmachen.

„Wo fahren Sie hin?" fragte er.

„Zu Dettenthals, Hasenjagd. Und Sie?"

„Nach . . . Kirdorf."

„Geschäfte dort?"

„Ja."

Das Gespräch stockte schon wieder. Dies war ja nicht auszuhalten. Des Rittmeisters ernster, gerader Sinn ertrug es nicht länger. Er beugte sich vor.

„Lieber Graf", sagte er warm und herzlich. „Sie wissen, wie gern ich Sie habe und wie hoch ich die Gräfin verehre . . ." er stockte vor dem geradezu angstvollen Blick, der an seinem Munde hing, „wenn ich Ihnen irgendwie helfen kann, verfügen Sie ganz über mich."

In Laxheim kroch eine eisige Kälte hoch.

„Wetzel, Mensch, so wissen Sie?" keuchte er heiser und sah sich scheu wie ein Verbrecher in dem leeren Abteil um. Der Rittmeister nickte ernst.

Auf dem Bahnhof in Kirdorf schickte er den Dettenthal'schen Wagen mit einem flüchtig hingeworfenen Entschuldigungsschreiben zurück und blieb bei dem Kameraden. In dem öden, nüchtern häßlichen Wartesaal saßen sie in einer Ecke, leise sprechend, und warteten den nächsten Zug nach D. . . . ab. Nach allem, was der Graf da hörte, erübrigte sich seine Unterredung mit Frau von Wiedebach als sinnlos, es hieß für ihn nur noch, den Tatsachen ins Gesicht blicken und sehen, wie er mit ihnen fertig wurde. Er war seelisch, völlig zerbrochen, als er erfahren mußte, in welchem Umfange der Skandal schon ausgedehnt war. Auch der Oberst wußte längst davon, nur seine Verehrung für die Gräfin hatte ihn noch immer auf eine glänzende Rechtfertigung hoffen lassen. Seit nun Dettenthal das Bild besaß, das er gefunden haben wollte und jedem zeigte, der ihn darum bat, war der Zusammenbruch wohl nicht mehr zu vermeiden. Laxheim kochte vor Wut. „Ich werde mir den Bengel schon holen: Und meine saubere Frau Gemahlin ebenfalls! Davon hat sie mir gestern kein Wort gesagt!"

Als Herr von Wetzel dem Grafen auf dem Bahnhof in D. . . . die Hand zum Abschied reichte, fragte er ernst: „Was werden Sie tun?" Ihm war bange um die Frau, die er in aller Stille liebte.

„Ich weiß noch nicht. Alle herunterknallen, sie, Dettenthal, mich . . . jeden, der mir vor die Pistole kommt. Lassen Sie mich allein, Wetzel, in mir tobt eine Wut . . .! Na adieu, lieber Kerl, und vielen Dank für Ihre Offenheit. Ich zähle auf Sie."

Kopfschüttelnd sah ihm der ältere Kamerad nach. Sein Ton gefiel ihm nicht. Er hatte es bisher über sich gebracht, diesem Manne neidlos den Besitz jener Frau zu gönnen. Zum ersten Male spürte er eine starke Abneigung gegen ihn und nahm sich vor, auf jeden Fall sich der Gräfin zur Verfügung zu halten.

Zu Hause angelangt, fragte Graf Laxheim sofort nach seiner Frau. „Frau Gräfin hat den Wagen und wollte Besuche machen", meldete der Diener.

„Was stieren Sie mich so an? Vorwärts: Umziehen: Ueberrock und Tschapka." Der erschreckte Franz half mit zitternden Händen. Herbert stöhnte: „Ich werde noch verrückt".

Unten rollte ein Wagen, er hörte, wie seine Frau nach ihm frug. In Hut und Pelz stürmte sie in sein Ankleidezimmer, was sie sonst nie tat. Er schickte den Diener hinaus, sie sah blaß und verstört aus. Atemlos vor Aufregung berichtete sie: „Denke dir nur an, Herbert, was mir passiert ist. Ich begreife nicht, was das alles bedeuten soll. Ja, war bei Wangenheims . . . mich zu Hause, läßt sie sagen, und dabei steht sie am Fenster und versteckt sich kaum hinter dem Vorhang als ich hinausblicke. Bei Ellershausens . . . bedauere sehr, empfängt nicht, bei Ohlsens, bedauert sehr, das gleiche Lied bei Witzhagens und Frau von Wurstitz. Es war wie eine Verschwörung und allmählich eine richtige Blamage vor dem Kutscher. Endlich gab ich auf, was ich doch nicht erzwingen konnte, und machte Besorgungen. Im Laden bei der Modistin treffe ich Frau von Wurtzen, ich will sie begrüßen, ihr die Hand geben, sie ist sehr kühl, sagt drei Worte und läßt mich stehen . . . und dann, Herbert, das Schlimmste."

Lore fuhr fort: „Zuletzt fuhr ich bei deiner Mutter vor und ließ mich melden. Da kam der alte Werner heraus und wenste, weinte wirklich, die gute treue Seele, und bestellte: Die Frau Gräfin sind für die Frau Gräfin heute nicht und niemals mehr zu sprechen. Und als ich ihn vollkommen entgeistert anstarrte, küßte er mir die Hände und jammerte: „Ach, Frau Gräfin, wir haben es ja auch alle nicht glauben wollen, aber da ist die Freundin unserer Köchin gekommen, die stammt aus Kirdorf, wo Frau Gräfin doch auch her sind. Die hat das Bild selber gesehen, da haben sie's im Laden herumgezeigt . ." Ich weiß nicht mehr, was er noch alles schwazte. Ich bin fortgerannt und habe im Wagen mich versteckt. Ich hatte das Gefühl, als zeigten sie alle mit Fingern auf mich. Herbert, sag' doch mir, was tun wir denn jetzt?" Sie rang hilflos das tränennasse Taschentuch.

„Meine Mutter auch!" Er ächzte. Sie achtete gar nicht auf sein Stöhnen.

„Ich kann doch nicht jedem einzelnen erzählen, es ist nicht wahr!: Herbert, so sprich doch, was tut man denn dagegen?"

„L, liebes Kind, da gibt es viele Möglichkeiten", höhnte er. Ihre offenbare Verkennung der Tragweite, die das alles haben mußte, reizte ihn maßlos. „Den Abschied nehmen, Scheidung, Totschießen . . . du hast die Wahl!"

Sie sah ihn groß an und erhob sich. Welch ein Ton gegen sie. Nur mühsam bewahrte sie die eigene Ruhe. „Du bist überreizt, Herbert", sagte sie möglichst freundlich. „Wir wollen uns schnell umziehen und dann frühstücken." Sie mußte mit ihm reden. In der Tasche trug sie einen dreisten Mahnbrief von Dettenthal, den sein Bursche gebracht hatte. Dem Frechen mußte endlich sein Lohn werden. Sie schritt zur Türe.

„Halt: Hiergeblieben!" rief er ihr nach. Sie wandte sich um. Entrüstung und Erstaunen prägten sich in ihrer stolzen Haltung aus.

„Du hast heute eine Art, mich anzuschreien . ."

„Mit den liebenswürdigen Rücksichten zwischen uns ist es aus, ein für allemal aus, mein schönes Kind: Geh du nur ruhig zu dem, der dein Bild hat. Der wird das Original mehr zu würdigen wissen, als ich!"

Sie war jäh erblaßt. Er lachte höhnisch auf.

„Aha: Darauf warst du nicht gefaßt, daß ich das erfahren könnte? Was? Du dachtest wohl, der Bengel hätte das im Leibe, was wir anständigen Männer unter Diskretion verstehen? Dankbar und verschwiegen, nach dem alten Rezept, nicht wahr? Scheint diesmal nicht zu stimmen, zu deinem und seinem Schaden! Ich muß erst ihn und ihm das große Maul stopfen: Nicht um Dernelwillen. Das bilde dir nicht ein: Deine sogenannte Ehre ist mir furchtbar gleichgültig. Aber um meinen guten, alten Namen mit seinem Blut wieder sauber zu waschen, von ihm . . . und von dir!"

Erschöpft von diesem Wutausbruch hielt er inne. Je maßloser und beleidigender seine Worte über sie herstürzten, desto höher und straffer spannte sich Lores Körper wie zum Sprung. Mit fliegenden Nüstern, ohne mit der Wimper zu zucken, hielt sie seinen Beschimpfungen stand. Langsam legte sich ein verächtliches Lächeln um ihren fest zusammengepreßten Mund.

„Na, bist du stumm geworden?" Mit rot unterlaufenen Augen trat er dicht vor sie hin. Er hatte jede Beherrschung über sich selbst verloren.

„Genau dasselbe, was du jetzt allein tun willst, das wollte ich schon gestern abend mit dir zusammen tun, das Bild von ihm zurückfordern."

(Forts. folgt.)

Eröffnung der Preußischen Kirchenversammlung.

Schicksalstage begannen am Sonnabend, den 24. d. Mts., für die preußische Landeskirche. Nachdem in den verflossenen Monaten die Kirchenwahlen getätigt waren, versammelten sich nunmehr die Mitglieder der Verfassunggebenden Kirchenversammlung, um die Hand an den Neubau der Kirche zu legen. Das Auditorium Maximum der Universität, sonst stiller Wissenschaft geweiht, wird mit seinen sachlich-vornehmen Linien und seiner gehaltenen Weißtönung zur Stätte weitreichender Kirchenpolitik. Neben bekannten Charakterköpfen aus der früheren Ge[illegible]rode tauchen neue Gesichter auf, und [illegible]eologen und Juristen nehmen Männe[illegible] Frauen aus allen Gauen Platz. Ein [illegible]eiterführer tritt in den Vorstand der Kir[illegible]versammlung ein. Auch acht Frauen sind [illegible]esend. Auf der Rechten nehmen die Vertreter der bekenntnistreuen Gruppen Platz, welche sich aus den Konfessionellen, den Positiven und den Gemeinschaftsvertretern zusammensetzen und über eine Zweidrittelmehrheit verfügen. Zur Linken sind die Plätze der Evangelisch-volkskirchlichen Vereinigung (Mittelpartei) und die der Liberalen, welche gegenwärtig zum erstenmal in größerer Zahl anwesend sind.

Als Vorlagen sind der Versammlung vornehmlich zwei Verfassungsentwürfe zugegangen; der eine vom Evang. Oberkirchenrat, der andere vom Generalsynodalvorstand, mit weitgehenden Uebereinstimmungen, aber auch mit bedeutsamen Abweichungen. Eine weitere Vorlage betrifft die gastweise Zulassung von Vertretern aus den politischen Teilen der Landeskirche (Polen usw.), welche keine Kirchenwahlen haben vornehmen können. Im Einvernehmen mit dem Generalsynodalvorstand schlägt der Evang. Oberkirchenrat vor, neun vorläufige Abgeordnete aus diesen Gebieten ohne Stimmrecht zuzuziehen.

Freiherr v. d. Recke eröffnet als Alterspräsident die Versammlung; zu Schriftführern werden Geh. Justizrat Elze und Pastor Schwartzkopff berufen. Nach dem Gesang des Luther-Liedes verliest D. Kockelke-Schwelm den 121. Psalm.

Nachdem durch Namensaufruf die Beschlußfähigkeit der Versammlung festgestellt ist, wird Generalsuperintendent D. Reinhard-Stettin zu ihrem Präsidenten erwählt und begrüßt. Zu Vizepräsidenten werden Graf v. Seidlitz-Sandreczki und Gewerkschaftssekretär Stretter gewählt. Nach Ablegung des Gelöbnisses dankt der Präsident dem Alterspräsidenten und dem Rektor der Universität. In seinen Eröffnungsworten betont der Präsident, daß kirchengeschichtliche Akte ersten Ranges bevorstehen. Den Trägern des früheren landesherrlichen Kirchenregiments wird ein herzliches Wort der Erinnerung gewidmet. Ein Gebot der Stunde ist der Wille zum Zusammenschluß. Die neue Verfassung soll das Gefäß inneren Lebens sein. Darauf nimmt D. Müller, der Präsident des Ev. Oberkirchenrats, das Wort, um die herzlichsten Segenswünsche des Ev. Oberkirchenrats auszusprechen. Er gibt der Genugtuung Ausdruck, daß die Kirchenleitung in die Hand der Kirche selbst gelegt ist. Die vorgelegten Verfassungsentwürfe zeigen die Bahnen der Arbeit. Der Segen Gottes möge sie begleiten.

Darauf gibt der Präsident die Vorlagen bekannt. Nach Erledigung kleinerer Anträge und geschäftlicher Angelegenheiten schließt der Präsident die erste Sitzung. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung wird die Einführung in die amtlichen Vorlagen betreffend Verfassung sein.

Der zionistische Weltkongreß.

Der nach Karlsbad berufene Weltkongreß der Zionisten hat seine Tagung beendet. Obwohl die Mandatsfrage durch den Völkerbundrat nicht erledigt worden ist, betrachten, wie der „Köln. Ztg." berichtet wird, sowohl die englische Regierung wie die Zionisten die Erweckung Palästinas zu einer nationaljüdischen Heimstatt als Tatsache, die nur noch des Ausbaues bedarf. Von englischer amtlicher Seite und durch führende Redner des Kongresses wurde die Erwartung ausgesprochen, daß innerhalb fünf Jahren eine jüdische Mehrheit das Land besetzt haben werde, das heute nach dem Bericht von Sir Herbert Samuel eine jüdische Minderheit hat, indem auf 547 000 Mohammedaner und 77 000 Christen nur 76 000 Juden kommen. Es müßten also jährlich 100 000 Juden einwandern. Die Frage der Einwanderung, der Unterbringung und Beschäftigung der Eingewanderten, der Schulen und des Gesundheitsdienstes wurde denn auch so eingehend erörtert, wie es das eigenartige Experiment verlang. einen Staat zu schaffen, dem vorläufig noch die Einwohner fehlen, für die er erdacht ist. Bisher sind übrigens nur 7000 Juden eingewandert, und es ist ganz ausgeschlossen, daß die gewünschte Zahl von jährlich 100 000 erreicht wird. Es fehlt dafür an Unterkunft und an Beschäftigung. Ein alter Kolonist (Eppstein) betonte, daß kommunistische Gruppen im Lande nicht bestehen könnten; was man in erster Linie brauche, seien Handwerker jeder Art; mit der Besiedlung der Städte werde man allmählich das Land erobern. Mit Beifall wurde der Wunsch begrüßt, daß man in Palästina Industrien schaffen müsse und dazu die Teilnahme der russischen und polnischen Judenheit bedürfe. Der Aufbau des Staates ist so gedacht, daß bei einer gewissen Rücksicht auf Andersgläubige doch alle Einrichtungen den Charakter des jüdischen Staates erkennen lassen. Von den jüdischen Beamten wird die Kenntnis der hebräischen Sprache verlangt. Aus Palästina selbst wird berichtet, daß die Schuljugend auch außerhalb der Schule schon Hebräisch spreche. Von allen Seiten wurde wieder der Wunsch nach friedlichen, guten Beziehungen zu den Nichtjuden des Landes betont; gewisse schon bestehende Berührungen mit Rom sollen mit der Ehrerbietung gepflegt werden, die dem Oberhaupt der katholischen Christenheit gebührt. Den Misrachi, die Palästina auf streng altjüdischer Grundlage aufbauen wollen, standen die Freidenker gegenüber, die sich aufs eifrigste gegen die Gründung eines jüdischen Kirchenstaates wehrten und damit eine Einigung auf der mittlern Linie erzielen. Groß sind die Hindernisse, die sich dem Aufbau entgegenstellen. Im Lande selbst sind Mohammedaner und ein Teil der arabischen Christenheit zu versöhnen; sachnämlich sind die Lebens- und Ansiedlungsbedingungen zu erforschen und die Wege zu ebnen; lohnende Arbeit ist zu beschaffen und, was vielleicht die Hauptsache ist, die Gelder für diese Zwecke sind zu finden. Heute beträgt schon der Haushalt des Kolonisationsamtes über eineinhalb Millionen englische Pfund, davon sind für Bodenankäufe und Meliorationen 500 000 bestimmt, für Kleinhäuser in den Städten 200 000, Kredite für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft verlangen 300 000, die landwirtschaftliche Einrichtung 225 000, die Bewässerung 50 000 und der Beitrag zu dem Haushalt des Landes 856 000 Pfund (davon 128 000 für das Schulwesen). Eine Verzehnfachung der Bedürfnisse ist vorherzusehen. Unter jubelndem Beifall des Kongresses wurde der Antrag angenommen, durch den „Maser", den altjüdischen Zehnten vom Vermögen und Einkommen, dem kein Jude sich zu entziehen das Recht hätte, eine gewaltige Aufbaukasse zu schaffen, aus dem die einzelnen Zweige des Aufbaues zu speisen wären.

Keynes und die Kriegsschulden.

Professor John Maynard Keynes veröffentlicht in der Deutschen Allgemeinen Zeitung einen weiteren Artikel über die wirtschaftliche Zukunft. Er behandelt darin das wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen der Alten und der Neuen Welt. Der frühere wirtschaftliche Gleichgewichtszustand sei zerstört und ein neuer noch nicht wieder aufgerichtet. Aus einem Gläubiger Amerikas sei Europa zu seinem Schuldner geworden. Amerikanische Publizisten meinten zwar, jeder, dem die guten Beziehungen zwischen Europa und Amerika am Herzen lägen, würde unvorsichtig handeln, wenn er sich darüber unumwunden äußern wollte. Er werde auf diesen sicherlich übeln Rat nicht hören, sondern die Dinge so darstellen, wie er sie sehe. Dabei kommt er zu folgenden Ergebnissen: Es ist ein Irrtum, wenn die Vereinigten Staaten meinen, ein Gleichgewichtszustand ließe sich wieder herbeiführen bei Fortsetzung ihrer gegenwärtigen Ausfuhrtätigkeit und bei gleichzeitiger Abwehr fremder Einfuhr durch Schutzzölle, ähnlich wie die Alliierten von Deutschland ungeheure Zahlungen verlangen und dann allen ihren Scharfsinn aufbieten, um es am Zahlen zu hindern. So entwirft die amerikanische Verwaltung hier Pläne, um den Exporthandel zu finanzieren, während sie dort Zolltarife aufstellt, die eine Rückzahlung der gewährten Kredite möglichst erschweren. Große Nationen könnten oft mit einem Maß von Unvernunft handeln, das uns bei einem einzelnen Menschen unverzeihlich erscheinen würde! Wenn alles Gold der Welt nach den Vereinigten Staaten gebracht und daraus ein bis zum Himmel ragendes goldenes Kalb errichtet würde, so wäre dadurch nur eine kurze Frist gewonnen. Es kann aber so weit kommen, daß die Vereinigten Staaten die Annahme von Gold verweigern und trotzdem auf Zahlung bestehen — wie ein neuer Midas, der vergebens nach einer bessern Speise verlangt als das harte, unfruchtbare Metall, das ihm nach seinem Pakt zufließt. So viel ist sicher: Die Wiederherstellung des Gleichgewichts wird vielen wichtigen und schwerwiegende Interessen verletzen. Wenn nun noch außerdem die Vereinigten Staaten die Zahlung der alliierten Schulden auf Heller und Pfennig verlangen wollten, würde sich die Lage geradezu unerträglich gestalten. Wenn Amerika dann der Entwicklung Rechnung tragen würde, seine Exportindustrie stillegen und das dafür verwandte Kapitel andern Zwecken zuführen wollte, und wenn seine frühern europäischen Verbündeten sich entschließen würden, ihren Verpflichtungen um jeden Preis nachzukommen, so leugne ich nicht, daß das Endergebnis für die amerikanischen Interessen günstig ausfallen könnte. Aber ein solches Programm ist im höchsten Falle phantastisch. Es wird sich sicher nicht verwirklichen lassen. Es ist sicher, daß Amerika eine solche Politik nicht rücksichtslos durchführen wird, es wird sie aufgeben, sobald es die ersten Folgen zu tragen hat. Und selbst wenn es darauf bestände, so werden die Verbündeten doch nicht zahlen. Es verhält sich damit genau so wie mit den deutschen Wiederherstellungszahlungen, die ich in einem frühern Artikel besprochen habe. Amerika wird ebensowenig seine Verbündeten zur Zahlung ihrer Schulden zwingen können, wie diese imstande sein werden, ihre Wiederherstellungszahlungen von Deutschland einzutreiben. Weder das eine noch das andere ist ernste Politik; fast alle gut unterrichteten Leute geben das in privaten Gesprächen zu, aber wir leben in einer seltsamen Zeit. Bei fast allen Aeußerungen, die in der Presse getan werden, ist es darauf abgesehen, daß sie sich mit der am schlechtesten begründeten Ansicht decken, anstatt mit der bestbegründeten, und zwar lediglich deshalb, weil die erstere weiter verbreitet ist. Deshalb wird es auch für einige Zeit noch an lächerlichen und ungeheuerlichen Widersprüchen zwischen dem schriftlichen und dem mündlichen Wort nicht fehlen. Unter solchen Umständen also wird es sich für Amerika nicht lohnen, seine Beziehungen zu Europa zu verschlechtern und seiner Exportindustrie erst für zwei Jahre die Luft zu entziehen, nur, um einer Politik nachzugehen, die es doch sicher einmal aufgeben wird, bevor es noch etwas davon gehabt hat. Auch ein andrer Punkt ist hier noch zu beachten, die Summe, die Großbritannien Amerika schuldet, ist nicht so groß, daß es sie nicht zahlen könnte. Aber es ist keineswegs wahrscheinlich, daß sich die Summen, die die andern europäischen Regierungen Amerika schulden, überhaupt zurückzahlen lassen. Diesen außerordentlich gewichtigen Unterschied sollte sich die öffentliche Meinung von Amerika gehörig vor Augen führen. Unter den sehr schwerwiegenden Gründen, die für eine Streichung der Schulden Europas an Amerika sprechen, sind eine ganze Reihe, die für England nicht in Betracht kommen, was für die Streichung aller Schulden spricht. Ist einmal das vorhin dargelegte Argument handelspolitischer Art, dann kommen noch verschiedene Gründe nichtwirtschaftlicher Art in Betracht, die mit der Entstehung der Schulden in Zusammenhang stehen.

Aber wenn wir uns, sagt Keynes, zum Schluß ein Bild von dem machen wollen, was voraussichtlich geschehen wird, und dabei auch für das Unwahrscheinliche Raum lassen, so würde er wünschen, daß sich die Entwicklung der Dinge in folgender Weise abspielt: Die Regelung der interalliierten Schulden hängt aufs engste mit der Lösung der Wiederherstellungsfrage zusammen; die Streichung der erstern würde einen Grund und eine Entschuldigung für eine vernünftige Verständigung über die letztere Frage abgeben. Anderseits läßt sich von Frankreich und Italien nicht erwarten, daß sie auf ihre eignen vertragsmäßigen Rechte verzichten, ohne gleichzeitig von ihren eignen vertragsmäßigen Verpflichtungen entbunden zu werden. Daher ist es meiner Ansicht nach unmöglich, die beiden Fragen getrennt von einander zu lösen. Hier besteht übrigens auch ein Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage, denn in Amerika hat die öffentliche Meinung letzthin ganz mit Recht starken Widerwillen gegen Zugeständnisse finanzieller Art zugunsten von Ländern gezeigt, die ihre Einkünfte auf Kriegsrüstungen verschwenden. Amerika sollte die Schulden der Alliierten nicht streichen, ohne Bedingungen daran zu knüpfen, und zu diesen Bedingungen sollte sowohl die Abrüstung wie eine vernünftige Verständigung mit Deutschland gehören. An irgendeinem Zeitpunkt im nächsten Jahre haben wir das Eintreten einer neuen Krise in der Wiederherstellungsfrage zu erwarten. Möge diese Veranlassung geben zu einer die ganze Welt umfassenden Verständigung, an der auch Amerika teilnehmen wird. Bis dahin kann auch die Welt reif sein für folgende Maßnahmen: für eine amerikanischen Ausstellungen Rechnung tragende Neuordnung der Völkerbundstaaten, für die Entwaffnung und für die allgemeine Beseitigung der Inflation, mit der wir ohne einen vernünftigen und dauernden Zweck die wirtschaftliche Kraft der Welt in Fesseln schlagen.

Deutschland und Rußland.

Wie über Riga gemeldet wird, ist der diplomatische Vertreter des Deutschen Reichs in Moskau, Dr. Wiedfeldt, im Kreml in Moskau von Kalinin empfangen worden. Der deutsche Vertreter überreichte seine Beglaubigungsurkunde mit folgender Ansprache:

Indem ich mein Beglaubigungsschreiben als Vertreter des deutschen Reiches übergebe, möchte ich namens der deutschen Regierung meine Befriedigung darüber ausdrücken, daß von heute an die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland offiziellen Charakter und ihren vollen Umfang angenommen haben. Die deutsche Regierung ist sich voll bewußt, daß beide Länder im Stande sein werden, aus dieser engen Zusammenarbeit bedeutenden und für ihre Entwicklung wesentlichen Nutzen zu ziehen und daß es im Interesse beider Länder liegt, lebhafte Beziehungen zwischen der russischen und der deutschen Volkswirtschaft aufrecht zu erhalten. Zu meiner Hauptaufgabe in Rußland machte ich mir die praktische Verwirklichung der Idee der Notwendigkeit erfolgreicher Zusammenarbeit.

In seiner Antwort wies Kalinin auf die engen Beziehungen, die stets zwischen Deutschland und Rußland herrschten und auf die Erwünschtheit dieser Beziehungen hin. Er bemerkte weiter, daß die Mehrzahl der russischen Ingenieure und Techniker ihre Ausbildung in Deutschland erhalten hätten. Er sagte dann:

„Deutschland war stets ein Land musterhafter Technik und Organisationsmethode. Die Vereinigung technischer und organisatorischer Arbeit mit den natürlichen Reichtümern Rußlands muß beiden Ländern großen Gewinn bringen."

Kalinin erklärte in seinem Namen und im Namen seiner Regierung die volle Bereitwilligkeit, alles zu tun zur Kräftigung und Erweiterung der bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland und drückte seine Ueberzeugung aus, daß beide Teile von der besten Absicht erfüllt seien und ein erfolgreiches Zusammenarbeiten bevorstünde.

Gegen Ludendorff.

Eine hohe militärische Persönlichkeit, die „berufenste", antwortet im „Matin" auf das von General Ludendorff einem Sonderberichterstatter des Blattes gewährte Unterredung. Zunächst wird die Friedensgesinnung Ludendorffs angezweifelt. Er habe in München und nicht in Berlin seinen Wohnsitz gewählt, weil er in der bayrischen Hauptstadt inmitten aller reaktionären Kräfte Deutschlands weile, von dort aus ein neues Alldeutschtum ins Leben rufen und verbreiten könne, und weil die dortige Umgebung seiner politischen Tätigkeit und dem Ziel, das er verfolge, der Wiederaufrichtung der Monarche, günstig sei. Könne Ludendorff leugnen, daß er der direkte Aufhetzer jener „Horden" sei, die sich weigern, sich entwaffnen zu lassen und die für die Erhaltung des militärischen und alldeutschen Geistes seien, in der die erste Ursache der Schwierigkeiten zwischen Bayern und dem Reich und der augenblicklichen deutschen Krise lägen? Aufrichtig aber erscheine Ludendorff, wenn er davon spreche, daß Frankreich, England und Deutschland die Vergangenheit vergessen sollen. Frankreich könne aber nur dann dem Deutschen Reiche die Hand bieten, wenn dieses Beweise seiner vollen Ehrlichkeit in der Ausführung des Vertrages von Versailles zeige. Aber General Ludendorff wolle die Durchsicht des Vertrages, worunter die Alldeutschen und die Militärpartei, deren offenkundiges Haupt er sei, die Herabsetzung des Mindestmaßes an Wiederherstellung und eine Vermehrung der den Deutschen zugestandenen Militärmacht verstünden. Die Drohung mit der Gefahr des Bolschewikentums sei von Deutschland immer dann angewandt worden, wenn man von den Verbündeten eine Milderung der militärischen Klauseln des Friedensvertrages verlangt habe.

Die deutsche Uniform.

Eine neue Bekleidungsvorschrift.

Wie die „Deutsche Soldatenzeitung" („Offene Worte") berichtet, wird in diesen Tagen eine neue Vorschrift ausgegeben, die den Anzug der Angehörigen der deutschen Wehrmacht regelt. Der „Entwurf zur Anzugsordnung (A. O.") führt fünf Anzugsarten auf: Feldanzug, Dienstanzug, Straßenanzug, Fecht- und Arbeitsanzug, Sportanzug. Die Anzugbestimmungen sind für alle Soldaten — Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften — maßgebend. Insbesondere sollen grundsätzlich Offiziere und Unteroffiziere beim Eintreten in die Front ebenso angezogen sein wie die Mannschaften. Beim Feldanzug z. B. wird auch von den Offizieren bis zum Kompagniechef einschließlich aufwärts Schanzzeug getragen. An Stelle des früheren Lederhelms ist die Dienstmütze getreten, der Stahlhelm nur für Feld- und Wachanzug, größere Uebungen und den Kirchgang geschlossener Truppenteile. Die Adjutantenschärpe ist durch eine Fangschnur ersetzt worden. Im Dienst sind nur Kriegsauszeichnungen gestattet, Friedensorden nur außer Dienst. Schießauszeichnungen, die im Mannschaftsstande erworben wurden, dürfen auch nach Beförderung zum Offizier weitergetragen werden. An eigenen Kleidungsstücken sind einzelne Abänderungen, wie Einnähen von Schulterstücken und Stege an den Hosen, erlaubt. Mit Genehmigung der Disziplinarvorgesetzten vom Bataillonskommandeur an aufwärts darf von allen Reichswehrangehörigen bürgerliche Kleidung getragen werden.

Um die zentrale Organisation der Schupo.

Wie das Berliner Tageblatt erfährt, ist Anfang September im Auswärtigen Amt eine von General Nollet gezeichnete Note der interalliierten Militärkontrollkommission eingegangen, die sich gegen die Organisation der deutschen Schutzpolizei wendet. In dieser Note weist General Nollet auf die Beschlüsse der Boulogner Konferenz hin. Auf Grund dieser Beschlüsse wurde Deutschland damals bekanntlich das Zugeständnis gemacht, daß es unter gewissen Bedingungen anstatt 100 000 Mann Polizei 150 000 Mann halten dürfe. Dabei war jedoch unter jenen Voraussetzungen eine der Hauptbedingungen, die Polizei dürfe keine zentrale Organisation besitzen, weil sie dadurch angeblich einen militärischen Charakter erhalte. Das Schreiben Nollets erklärt weiter, die gegenwärtige Organisation verstoße auch gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages. Nollet wendet sich gegen die „administrative Zentralisation" und fordert die Reichsregierung auf, die Schutzpolizei zu „entmilitarisieren".

Diese Entwaffnungsnote der interalliierten Militärkontrollkommission bildet gegenwärtig eine der hauptsächlichsten Beratungsgegenstände des Reichskabinetts. Sonnabend fanden Besprechungen über die Frage zwischen dem Reichsminister Dr. Gradnauer und dem preußischen Minister des Innern, Dominicus, statt. Es ist nach Ansicht maßgebender Parlamentskreise damit zu rechnen, daß es zu Verhandlungen mit der Entente über ihre Forderung kommen wird. Die Frage ist nur, ob sich die Reichsregierung deswegen mit General Nollet in Verbindung setzen oder sich direkt an den Botschafterrat in London wenden wird. Man steht einmütig auf dem Standpunkt, nur eine lose zusammenhängende, außerordentliche Wohlfahrtspolizei sei nicht imstande, die Ruhe und Ordnung im Innern zu gewährleisten.

Ein Engländer zu der drohenden Weltkatastrophe.

Der englische Publizist Dillon äußert sich im „Neuen Wiener Tageblatt" über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die schließlich zu einer Art Katastrophe führen müßten. Die Hauptschuldigen an dieser Katastrophe würden die sein, die die geheimen wirtschaftlichen Schäden zwischen den Nationen nicht erkennen wollten. Einer der Hauptfaktoren, durch welchen der Weltkatastrophe vorgebeugt würde, sei, daß Amerika sein überflüssiges in den Tresors liegendes Gold herausgebe und in den Dienst der Weltwirtschaft stelle. Ein weiterer sehr wichtiger Faktor sei der einer Revision der wirtschaftlichen Bedingungen der Friedensverträge, namentlich des Versailler Vertrages.

Einigung im Buchdruckgewerbe.

Die Tarifverhandlungen unter dem Vorsitz von Regierungsrat Brahm vom Reichsarbeitsministerium sind am Samstag um 5½ Uhr zu Ende gegangen und haben eine Einigung ergeben. Von den Prinzipalen wurde folgendes Angebot gemacht: Wir sind bereit, einen tariflichen Mindestlohn für Verheiratete Klasse C in allen Orten mit 25 v. H. Lokalzuschlag ab 1. Oktober 350 Mark und vom 15. November an 375 Mark zu zahlen. Das bedeutet gegen bisher ein Mehr von 1,50 bezw. 2 Mark die Stunde. Die Ledigen erhalten wöchentlich 12 Mark weniger. Der weiteren Verhandlung wird es vorbehalten, die Ausgleiche für die übrigen Orte und Altersklassen festzustellen. In Berlin und Hamburg bleiben die vereinbarten besonderen Zulagen bestehen. Die Löhne der Hilfsarbeiter regeln sich nach dem Reichstarif. Auf dieser Grundlage ist eine Vereinbarung erzielt worden. Kleinere Abänderungen, die unwesentlich sind, werden durch Verhandlungen geregelt.

Kleine Nachrichten.

Gestern traten auf Einladung des Reichskanzlers führende Vertreter der deutschen Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Großorganisationen in der Reichskanzlei zusammen, um die Möglichkeit einer Unterstützung der von der Industrie und den Banken geplanten Aktion für die Reparationsverpflichtungen zu erörtern. Diese Erörterungen hatten den Charakter einer Vorbesprechung und werden fortgesetzt, nachdem sich die Vertreter der Landwirtschaft mit ihren Organisationen ins Benehmen gesetzt haben.

Der Führer der Bayrischen Volkspartei, Dr. Heim, reiste nach Berlin, wohin ihn der Reichskanzler zu einer Besprechung geladen hatte.

In Husum ist der Generalstreik ausgebrochen, dem sich auch die lebenswichtigen Betriebe anschlossen. Sabotageversuche am Wasserwerk wurden rechtzeitig entdeckt. Vertreter der Bürgerschaft von Husum erwogen gegebenenfalls den Gegenstreik zu verkünden, an dem auch die Aerzte und die Apotheken teilnehmen sollen.

Der Matin glaubt zu wissen, daß die nächste Zusammenkunft zwischen den Ministern Loucheur und Rathenau am 1. und 2. Oktober in Wiesbaden stattfinden werde.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten wurde die deutschnationale Zeitung „Der Deutsche" auf 14 Tage verboten.

Wie der B. L. meldet, haben die kommunistischen Abgg. Däumig und Adolf Hoffmann ihren Austritt aus der Kommunistischen Partei erklärt. Es verlautet noch nichts darüber, ob sie auch ihr Reichstagsmandat niederlegen, oder sich einer anderen Partei, etwa der unabhängigen, anschließen werden.

Gestern begann in Prag eine weißrussische Konferenz, an der 40 Delegierte aus allen Teilen, Parteien und Organisationen Weißrußlands teilnehmen. Die Konferenz wird die inneren Ereignisse Weißrußlands behandeln.

Die Vertrauensmänner der bayrischen Volkspartei im Wahlkreise Fraunstein sprachen dem Abgeordneten Zahnbrecher, der aus der Partei ausgeschlossen wurde, einstimmig ihr Vertrauen aus, und fordern ein unparteiisches Schiedsgericht mit einem unparteiischen Vorsitzenden.

Tagesereignisse.

— **Die Flucht des Oberleutnants Marloh** fand gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ein Nachspiel. Angeklagt waren Oberleutnant Hoffmann und Leutnant Wehmeyer wegen Beihilfe zur unerlaubten Entfernung aus dem Heere. Hoffmann hatte Marloh neben einer größeren Summe Geldes eine Fahrkarte I. Klasse besorgt, während Wehmeyer Oberleutnant Marloh einen Kriegsranglisten-Auszug, einen Roste-Ausweis und einen Entlassungsschein auf den Namen Hauptmann Mengerer überbracht hatte. Der Staatsanwalt beantragte je drei Monate Festungshaft, doch schloß sich das Gericht den Gründen des Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung.

— **(Steuerstundung für Personen über 65 Jahre in Preußen.)** Die kleine Anfrage der Abgg. Drewitz, Holzamer und Genossen über die Steuerstundung für Personen von mehr als 65 Jahren wird vom preußischen Finanzminister u. a. wie folgt beantwortet werden: Nach § 26 des Reichseinkommensteuergesetzes können bei der Veranlagung besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, durch völligen oder teilweisen Erlaß der Steuer berücksichtigt werden, sofern das steuerbare Einkommen den Betrag von 30 000 Mark nicht übersteigt. Auf dem Gebiete der preußischen Gewerbesteuer können veranlagte Steuerbeträge in einzelnen Fällen niedergeschlagen werden, wenn deren zwangsweise Beitreibung die Steuerpflichtigen in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährden würden.

— **(Joffe erschossen.)** Nach einer von zuverlässiger Seite eingetroffenen Meldung ist Adolf Joffe vor etwa einem Monat in der Ukraine von Ukrainern in einem Zuge auf der Fahrt von Odessa nach Kiew gefangen genommen worden. Zur Vergeltung für die Morde der Bolschewisten an ukrainischen Gelehrten und Schriftstellern haben die Aufständischen Joffe und seine Begleiter nunmehr erschossen. Die Bolschewisten verschwiegen naturgemäß diese Nachricht, weil sie nicht zugeben wollen, daß in der Ukraine überhaupt Aufstände im Gange sind. Adolf Joffe war bekanntlich der Gesandte der bolschewistischen Regierung in Berlin. Er mußte Berlin verlassen, weil die deutsche Regierung einwandfrei festgestellt hat, daß er hier eine sehr rührige bolschewistische Propaganda betrieben hat.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 28. Sept. **(Ausflug.)** Am Sonntag, den 9. Oktober macht der Turnverein zu Kamen von 1854 einen Ausflug nach Stamm, Wernerstraße. Daselbst Kaffeetrinken und Unterhaltung. Ein Bote wird mit einer Liste zum Eintragen bei den Mitgliedern erscheinen. Da für gute Unterhaltung gesorgt ist und auch der Ausflugsort nicht weit von unserer Turnhalle liegt, wird um recht zahlreiche Beteiligung, auch der älteren Turner mit ihren Damen, gebeten. Sammelpunkt und Abmarschzeit wird noch näher in der Zeitung bekannt gegeben.

Sport.

Die Rad-Fernfahrt „Rund durchs Münsterland" wurde am letzten Sonntag ausgetragen und führte die Radrenner auch durch unsere Stadt. Die besten Fahrer Deutschlands hatten hierzu ihre Meldungen abgegeben. Mancher Radler wurde durch Stürze aus dem Rennen geworfen, andere mußten durch Felgenbruch aufgeben. Die 202 Kilometer lange Strecke wurde von Linnenbrink-Wiedenbrück in 6,55 Stunden durchfahren. Zweiter wurde Pütz-Bochum und dritter Boland-Bocholt.

Für die Opfer in Oppau gingen bei uns ein vom Evang. Arbeiter-Verein, Kamen 100 Mark. — Weitere Spenden nehmen wir gern entgegen.

Kamener Zeitung.

Statt Karten.

Ihre VERMÄHLUNG beehren sich anzuzeigen

Wilhelm Etling
Maria Etling
verw. Goertz, geb. Schroeder.

Kamen, den 28. September 1921.

4123

Möbel auf Teilzahlung
Kredit erhält jeder!

3396

Anzahlung Nebensache
Die Höhe der **An- u. Abzahlung bestimmt jed. Käufer selbst** mit

Einzelmöbel
Kleiderschrank, Küchenbufett, Vertikow, Plüsch- u. Ledersofa, Chaiselongue, kompl. Bettstelle mit Matratze, Schreibtisch, Pfeilerspiegel, Trumeauxspiegel, Eimerschrank, Korbsessel, Korbsesseltische, Tische, Stühle, Waschkommode, Nachtkonsole, Matratze, Patentrahmen.

Komplette Küchen
Komplette Schlafzimmer
Geringe An- u. Abzahlung.

Kein Laden, daher billig.
Dortmunder Möbelheim,
Gutenbergstr. 58, im Hofe der Wagenfabrik Beukelmann.

Mondamin

zu Flammeri und Pudding
zum Verdicken von Saucen
zu Suppen für Kinder u. Kranke
zum Backen von Kuchen

Die Mondamin-Gesellschaft ist ein rein deutsches Unternehmen!

Verkaufe heute ab Bahnhof:

Prima
Speise-Kartoffeln
per Zentner 65.— Mark.

Prima Weißkohl
ab Lager (Klosterstraße) 70.— Mark.

Gutscheine der Zechen für Kartoffeln werden in Zahlung genommen.

W. Neff,
Kartoffel-Großhandlung, Tel. 122.

Für
Nervosität
Gemütskrankheit
Neuralgie
Willensschwäche
Kopfschmerz
Zahnschmerz
3865
M. Rob. Weiß,
Bergkamen,
Hohenzollernstr. 203.
Tägl. vorm. v. 9—12.

Runkelrübenverkauf
Heil.
Montag, den 3. Oktober, nachmittags 5 Uhr, läßt Frau Gutsbesitzerin Schulze Heil in Heil eine große Fläche sehr gut
geratene Runkelrüben
westlich des Hofes, an der Kreisstraße, öffentlich nummerweise gegen Bahrzahlung verkaufen.
Heil, b4093
Brüggemann.

Bettnässen.
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft ums. Vers. sanit. Art.
Gg. Englbrecht, München C 309, Kapuzinerstr. 9.

---

1 Milchschaf und 1 Ziege
zu verkaufen. 4114
Schlachthofstr. 37.

Eine gut erhaltene
Laute
umständehalber preiswert zu verkaufen. 4113
Näh. in der Geschäftsst.



Haus mit Garten
in Kamen oder Umgegend zu kaufen gesucht. 4087
Angebote unter Nr. **4087** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Einige Morgen Land
in Südkamen oder Südenfeldmark zu kaufen oder zu pachten gesucht. 4117
Angebote u. **Nr. 4117** an die Geschäftsstelle.

Logis 4110
mit oder ohne Kost für 4 Poliere und Maschinisten sucht sof.
Baubüro Frühling,
Restaurant Bunghardt.

Für 10 Mann und 1 Polier 4107
Logis gesucht
eventl. mit Kost.
Angebote erbeten an
Völker,
Lünenerstraße 235.

Solider jung. Mann sucht auf sofort.
möbl. Zimmer
am liebsten mit voller Pension. Anzufragen Bahnhofstraße Nr. 28.

Ueberall
HADOKA
Zigarren!



Ab 1. Oktober 1921
tritt eine Erhöhung der Banderolen-Steuer für Zigarren und Zigaretten in Kraft. Es liegt im Interesse eines jeden Wiederverkäufers, sich rechtzeitig einzudecken, da ich, solange der Vorrat reicht, zu alten Preisen verkaufe.

Hans Dolle
3867
Tabakfabrikat-Grosshandlung
Anruf Nr. 2 **Kamen,** Markt 16.

Wilhelm Hagemeier jr.
Möbel-Ausstattungs-Geschäft
Verkaufsräume Unna u. Kamen
Schreinerei Gesellschaftsstr.
1447

Wir empfehlen:

Ia. Molkereibutter	½ Pfund	14.75	
Ia. Büchsenfleisch	Pfund	8.50	
Ia. Margarine	Pfund	11.00	
Ia. Pflanzenbutter	Pfund	13.00	
Ia. groben Zucker	Pfund	5.50	
Ia. Kaffee, frisch geröstet Santos-	Pfund	22.00	24.00 26.00
Ia. Santos-Kaffee, roh	Pfund	19.75	
Ia. holl. Vollfettheringe	Stück	0.80	

4142
Gebr. Sirringhaus
Hammerstr. 194. Weststr. 4.

Konditorei und Café
Otto Schneider
Bahnhofstraße 34, am Bahnhof.
Empfehle täglich frisch:
Kaffee-, Tee- u. Weingebäck, Kuchen, Torten, bunte Schüsseln.
Bestellungen auf Gebäck, Torten, Eis usw. zu allen Festlichkeiten werden prompt und pünktlich ausgeführt, auch nach auswärts.
Telephon 279.
Mein modernes Café bringe in empfehlende Erinnerung. 3325

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise)
PIANOS Flügel, Harmoniums
unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit
mit Klangsteg D.R.G.M. 458 403 2te Fabrik **Berlin S 42**
Roth & Junius
Hof-Piano- u. Flügelfabrik **Hagen i. W.** Bahnhofstr 29. Bros.

Möbl. Zimmer,
heizbar, sucht junger Handwerker mit oder ohne Pension. 4121
Gefl. Angebote unter **4121** an die Geschst. erb.

Anzeigen aller Art
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.

Zum 1. Oktober oder später ein schulentlassener Junge als
Laufbursche
gesucht. 4059
Apotheker Kocke.

Nordstr. 9.

Empfehle:

Ia. Lipptauer Käse	St.	4.25	Mk.
Ia. Holl. Käse	Pfd.	18.00	Mk.
Ia. Corned Beef	Pfd.	9.50	Mk.
Ia. rein. Schweineschmalz	Pfd.	17.00	Mk.
Ia. Malzkaffee	Pfd.	3.85	Mk.
Ia. Griesmehl	Pfd.	3.90	Mk.

ferner:

Ia. fr. Bratschellfisch	Pfd.	2.00	Mk.
Ia. fr. Kabliau, kopfl.	Pfd.	2.75	Mk.
Ia. Rauchschellfisch	Pfd.	3.00	Mk.
Ia. Rochenfleisch	Pfd.	4.50	Mk.
Ia. Bückinge	Pfd.	7.00	Mk.

Kaufhaus für Lebensmittel
4120
Nordstr. 9.

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 3139

Alle Vereine

geben ihre Veranstaltungen zweckmäßig in der „Kamener Zeitung" bekannt. Die starke, ständig zunehmende Verbreitung der K. Z. in allen Schichten des Landkreises Hamm sichert einen guten Besuch der Veranstaltungen, wodurch die Insertionskosten mehrfach gedeckt werden.